

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Februar 1919

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzellige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 16

Krieg im Frieden!

In der letzten Januarnummer hat das Tarifamt die Einberufung des Tarifausschusses bekanntgegeben, was nach den kritischen Vorgängen während der letzten Wochen einer Kriegstagung unseres Gewerkeparlaments wohl in buchstäblicher Auffassung gleichkommen wird. Was die Redaktion in Nr. 13 dazu geschrieben hat, ist in keiner jedenfalls gewollten Kürze zureichend, ebenso muß die Beleuchtung des Verhaltens der offiziellen Prinzipalität in Sachen der neuen Steuerungsulage durch den Leitartikel in Nr. 3 als richtig anerkannt werden. In den Mitteilungsblättern ist gewiß über diesen außerordentlichen Differenzfall zwischen Gehilfenschaft und Prinzipalität viel geredet worden — wenn auch manchmal daneben —, und an kräftigen Protesten hat es auch nicht gefehlt. Aber es scheint mir, als ob die vier Artikel aus Kollegenkreisen noch gut um einen fünften vermehrt werden könnten, der mehr den bis jetzt wenig berührten Zusammenhängen nachgeben will, was bei dem kritischen Charakter der diesmaligen Verhandlungen des Tarifausschusses wohl nicht zweck- und wertlos sein dürfte. Trotz des hargen Raumes muß die Redaktion ja so vieles möglich machen, und wenn zur Abwechslung einmal ein Faktor, der als Leiter einer Parteidruckerei in einer mittleren Stadt noch manchen andern Einblick in die realen Verhältnisse erhält, das Wort nimmt, so dürfte das in dieser Zeit der Einarbeitung und Verwirrung kein Fehler sein. Das unbestreitbare Recht der Gehilfenschaft in dem obwaltenden Streit bis zum letzten Verstandenen, kommt man doch nicht um die Notwendigkeit herum, ja sie drängt sich für Kollegen, die nicht nur die Stunde oder gar nur die Minute sehen, direkt auf, auch hier die andre Seite nicht unberücksichtigt zu lassen. Den Prinzipalen jedoch muß die Erkenntnis zwingender gemacht werden, daß ihre Organisationsleistung in der an sich verständlichen Wahrung der Arbeitgeberinteressen eine ganz falsche Methode angewandt hat.

Die Tagesordnung des Tarifausschusses gleicht sich den ganz ungewöhnlichen Zeitumständen, unter denen wir im jungen freiheitlichen und demokratischen Deutschland ein ganz elendes Brevier fristen, in ihrem ersten Punkte in verblüffender Anpassungsfähigkeit an: Auserkennung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 19. Dezember bedeutet einen revolutionären Vorstoß! Acht Kreisvertreter der Prinzipale haben auf Geheiß des Deutschen Buchdruckervereins damit dokumentiert, daß man sich ganz modern zu geben vermag, ja sogar in radikal-unabhängigem und schließlich selbst in spartakistischem Fahrwasser zu legen vermag, wenn es auch mit dem Verständnis für zeitgemäße Böhne noch nicht recht klappen will. Die „Zeitschrift“, die einige in ihrer Schärfe auffallende Artikel über den Krieg im Frieden bei uns herausbrachte, hat indes von einer Uneignung für die Praktiker der revolutionären Periode noch nichts erkennen lassen. Die Gehilfenschaft aber ist in den Revolutionsgedenken noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie das Hauptergebnis einer Tarifausschubtagung nach einigen Wochen völligen Unsturz überantwortet wissen will. Noch niemals ist von ihrer Vertretung ein Antrag an unser Gewerkeparlament gerichtet worden, sich in einem Kardinalpunkte gefälligst total zu desavouieren. Wären die Gehilfen aber je von einem solchen Sabotierungeinsatze heimgesucht worden, ganz gewiß wäre das wilhelmsche Deutsche Reich dann früher zugrunde gegangen. Was soll eigentlich dieser Aufhebungsantrag belagen? Will man der nach anderen Anordnungen oder Vereinbarungen zwischen wirtschaftlichen Interessentengruppen vom Demobilisationsamt getroffenen zeitlichen Festsetzung der Steuerungsulagen-erhöhung bis 31. März d. J. lediglich vorbereitend ein Ende bereiten — nachdem durch einen Nachtrag zum Druckprettariff schon hässliche Einrichtung auf die neuen Lohn- und Preissätze stattgefunden hat! —, oder soll tatsächlich gemäß den bei der Auszahlung gemachten Vorbehalten sogleich abgebaut werden mit dem, was der 19. Dezember der Gehilfenschaft materiell gebracht hat? Die Unklarheit in dem revolutionären Willen ist also bei unserer Prinzipalität ebenso groß, wie wir es tagtäglich zum Mißbehagen und oft auch zur Beschämung um uns herum sehen. Nach Versammlungsberichten im Prinzipalsorgan trägt man sich verschiedenenorts mit der Absicht, gegen die Hilfsarbeiter die bekanntesten tariflichen Bedenken wieder auszuspielen, um sie, die zum erstenmal auf dem Weg eines Tarifausschubbeschlusses berücksichtigt worden sind — eine erfreuliche Tatsache! —, von den neuen Steuerungsulagen auszuschließen. Wenn man immer noch nichts

gelernt hat in dieser Beziehung, dann könnte der Zeitpunkt jetzt ja geeignet sein, ganz gehörig Lehrgeld zahlen zu müssen. In Dresden und Leipzig wird man vor allem umzulernen haben. Aber eine andre Beleuchtung des Buchdruckertrats läßt sich reden; wie man von der letzten Geworbetreuherrkonferenz unserer Organisation lesen konnte, bestehen auch in Gehilfenkreisen darüber Wünsche. Der dritte Punkt der Tagesordnung kann hier übergangen werden.

Vücken in der Tagesordnung scheinen mir insofern vorzuliegen, als von Gehilfenseite lediglich Beschränkung in der Lehrlingsleistung gefordert wird. Dieser Antrag ist durchaus berechtigt und entspricht der auf der Leipziger Geworbetreuherrkonferenz darüber gepflogenen Aussprache. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß der Zutritt zu den vom Buchdruckerberuf gebotenen Lehrmöglichkeiten jetzt ein beträchtlicher ist, was wohl als Folge der Einstellung der Kriegsinflurie und vielleicht auch auf die endlich erfolgte Aufbesserung des Kostgelbes zurückzuführen ist. Jedoch hätte auch die Wiederaufrholung der drei Würzburger programmatrischen Punkte zum Ausbau der Tarifausschüsse erwartet werden können. Zur Tagung des Tarifausschusses im Juli v. J. fand der von der Verbandsgeneralversammlung hierzu gegebene Anstoß zwar gegenseitig gute Vernehmung, von Prinzipalsseite aber nur in einer Richtung Gegenliebe. Das war bei der tariflichen Regelung des ganzen Lehrlingswesens. Wir steuern jetzt auf Ostern zu. Es werden da wieder maffig Produkte der Kriegselche in die Gehilfenlaufbahn geworfen werden, und wieder wird man blaue Wunder über die Ausbildung erleben können. Da ist es doch wirklich an der Zeit, daß die im Tarifausschüsse bei den Juliberatungen bereits gewichtig angekündigte Lehrlingsordnung des Deutschen Buchdruckervereins „auf den Tisch des Hauses niedergelegt“ würde. Wsdann könnte auf diesem Gebiete von außerordentlicher Bedeutung ja in Gemäßheit der hierfür gefassten Beschlüsse weitergearbeitet werden. Es wäre also wünschenswerth, daß auch darüber am 14. Februar oder an den folgenden Tagen gesprochen werden würde. Die Hilfsarbeiterfrage dürfte bei dieser Gelegenheit ebenfalls nicht zu übergehen sein. Der schon erwähnte erfreuliche Fortschritt mit der Einbeziehung bei den Steuerungsulagen bietet Veranlassung zum Einhalten, um in diesem Schmerzenspunkte ganze Arbeit zu machen, wenn formell diesmal auch die Sache nicht verabschiedet werden kann. Jedenfalls möchte die Gehilfenschaft jetzt vernehmen, wie der Deutsche Buchdruckerverein sich nun offiziell zu dieser ewigen Frage stellt. Nachdem die tarifliche Arbeitgeberchaft des Steinrudgerwerbes sich von der Umgestaltung der Dinge in Deutschland sogleich zu einer völligen Veränderung ihres Standpunktes bewegen ließ und auch durch den bekannten bedeutungsvollen Vertrag zwischen den großen Unternehmensverbänden und Gewerkschaften alle Tarifausschubshindernisse aus dem Wege geräumt worden sind, sollte es untre Prinzipalität recht eilig haben mit der Bekundung, daß der eklatante Widerspruch — um nicht zu sagen: das Doppelspiel — in der Stellungnahme zur Gehilfenschaft einerseits und zur Hilfsarbeiterchaft im Buchdruckerberuf andererseits endgültig aufhören soll. An der Ruhe in den Betrieben müßte doch die Prinzipale großes Interesse haben! Bei dem dritten Würzburger Punkte haben die Prinzipalsvertreter bekanntlich auf Betreiben des Deutschen Buchdruckervereins regelrechte Obstruktion geübt. Es war der erste Versuch, unter allen Umständen dem Verbands trotz seiner die ganze Tarifausschubausfüllende Bedeutung eine sachlich berechtigte größere Einflußnahme zu verhindern, und zugleich ein Rückschlag in die Praktiker vergangener Zeiten, immer etliche Ellen im Feuer zu haben. Wenn in Faktorenkreisen damals (Juli 1918) dieses vor dem Tarifausschub aufgeführte Theater nur erst wenig verstanden wurde, heute hat man in den Reihen meiner engeren Kollegen schon größeres Verständnis für diese im Vereine mit der Faktoreneileitung bewerkstelligte Abschließung der Faktoren auf ein abseitiges Aufstellungsgeschehen. Man hört jetzt nicht mehr vereinzelte, sondern schon vielfach die Meinung, daß die Sache mit der Vertragsgemeinschaft doch eine rechte Übersetzung gewesen sei, und der Weg zur Tarifausschubhülle bevorzugt werden sollte. Privat kommt diese Ansicht natürlich schärfer zum Ausdruck, aber auch in Versammlungen äußert man sich bereits offener in dem Sinne eines begangenen schweren Fehlers. Von Dresden aus wurde dem Vorstande des Faktorenbundes sogar vorgehalten, warum die Faktoreneileitung nicht in den gewerblichen Körperchaften vertreten sei; der Buchdruckertrat wurde besonders genannt. Da die Faktoreneileitung mit Händen

und Füßen sich einer Einreihung in die Tarifausschub als besondere Gruppe widersetzt hat, kann es für die Anschließfreunde nur ein Graubium gewesen sein, als sie von dem an sich vernünftigen Verlangen der Dresdner Faktoren Kenntnis erhielten. Der Buchdruckertrat ist aber doch eine Verkörperung des Tarifausschusses, vor dem die Herren Winkler, Kube usw. das in Berlin zeitliche Warnungsplakat aufgestellt haben: Halt! Wer weitergeht, wird erschossen! Das auch in der Faktoreneileitung Krieg im Frieden ist, hat die erste, sehr gut besuchte Versammlung der Berliner Faktoren in diesem Jahre bewiesen, in der der Bundesvorsitzende nach einem von ihm gehaltenen Vortrag wegen des Verlaufs der Diskussion plötzlich sein Amt niederlegte. Die Sache ist zwar wieder eingeleitet, hat jedoch einen äußerst unangenehmen Eindruck hinterlassen. Winkler, der als starker Mann galt, ließ damit eine bedenkliche Schwäche seiner Position erkennen. Die „Graphische Welt“ scheint indes etwas von dem Zeitgeiste berührt worden zu sein, denn ganz kürzlich wagte sie sich mit der Behauptung hervor, auch der Faktorenbund sei eine gewerkschaftliche Organisation. Das lie in den feinerzeitigen Polemiken mit dem „Korr.“, der vor Würzburg schon die drei Ausbauten der Tarifausschub auf das Tapet gebracht hatte, strikt die Gegenansatzung vertrat, gehört auch zu dem, was man Treppenvoll der Faktorengeschichte nennt. Eine Revolution der Welt hat die jüngst von dem Hauptauschüsse der Vertragsgemeinschaft empfohlene einmalige besondere Steuerungsulage an die Faktoren hervorgerufen, indem sie vielfach mit den üblichen Weihnachtsgratifikationen als abgegolten betrachtet worden ist. So will aber auch das Faktoreneileitung die Sache nicht verstanden haben. In Hamburg hat man mit Bedauern festgestellt, daß außer in sechs Fällen alle andern Faktoren „weit unter dem Maße für Gehilfen“ zurückblieben, d. h. auch bei der neuen Steuerungsulage. Leipzig aber muß ganz besonderen Grund zur Unzufriedenheit haben, denn es bedauerte lebhaft, „daß seitens unserer Prinzipale dem Worlaute dieser Bekanntmachung sehr wenig Rechnung getragen worden ist, was im Interesse des beiderseitigen Verhältnisses tief zu beklagen sei“. Da hat man die Geschickte! Zum zweiten Male seit Bestehen der Vertragsgemeinschaft verlag die Prinzipalität im großen und ganzen gegenüber der Faktoreneileitung, weil diese nicht auf feste Abmachungen drängt und sich von den Anstelltenorganisationen mit am wenigsten couragiert zeigt. Die vorwärtsstrebenden Faktoren können daher nur einen Fortschritt erwarten, wenn die Gehilfenvertretung wieder einen Vorstoß unternimmt in der von Würzburg und durch die Fortschrittsbewegungen angezeigten Richtung, die ja für die Tarifausschub auch das kleinste Drahtverhauf beseitigen will. Man entschuldige das etwas längere Verweilen bei diesem Gegenstand, aber der Augenblick ist gar günstig, um die Aufmerksamkeit wiederholt auf einen Punkt zu lenken, mit dem die Prinzipalität sich ein weiteres Seitenstück zu dem Fonds für besondere Zwecke und zur Prinzipalsklasse gestellt hat, also unverholene Stellungnahme gegen die Gehilfenschaft. Da ich nun einmal im Zuge bin mit dem Entdecken von Anvollständigkeit an der Tagesordnung des Tarifausschusses, so sei auch das Vermissen einer Aussprache über die Entfernung der Erbschaftsteuer zugunsten arbeitsloser Kollegen, von denen leider übergenug vorhanden sind, erwähnt. In den Großstädten werden wohl die ergangenen Anweisungen des Buchdruckertrats und des Demobilisationsamts befolgt oder von den Kollegen mit Nachdruck gefördert werden, aber in den mittleren und den kleineren Druckorten ist manches nicht so einfach.

Der Krieg im Frieden, wie er sich in unfern heruntergewirftesten Gewerbe abspielt, zeigt immerhin eine gewisse Abklärung, wenigstens von Seiten der Prinzipale der Anwohler über die auferlegte neue Belastung mitunter ebenso unwichtig wie tafelnstrenge sich äußert. Es kann auch für die Gehilfenschaft nur deutlich sein, im beginnenden Stadium der ökonomischen Revolution sich über den klein-kapitalistischen Grundzug unseres Gewerbes klar zu werden, woraus sich ebenfalls mancherlei herleitet, was den Kollegen bei den Steuerungsulagenaktionen nicht behagen wollte. Mir stehen die statisch wertvollen Jahresberichte der Buchdruckerberufsgenossenschaft zur Verfügung; für 1917 liegt der letzte vor. Diese Ziffern können als maßgebend für das Gesamtgewerbe gelten. Im Jahre 1914 konnte mit 8700 Betrieben die Höchstzahl der Druckereien und mit 18628 versicherten Personen (bei weitem nicht nur Buchdrucker) für 1913 die Höchstzahl der Beschäftigten festgestellt werden. Die Betriebe gingen infolge der Kriegschwierigkeiten auf 8471 im Jahre 1917 zurück, während mit 138330 Versicherten in 1915 die niedrigste

